

Stellungnahme

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Gewerkschaft schließt Frieden mit dem Krieg

Auf Einladung des DGB-Vorsitzenden Sommer nahm der Kriegsminister de Maizière an der DGB-Bundesvorstandssitzung am 05.02.2013 teil. Nach einigen Stunden Gespräch war klar: Es gebe nichts, was einer vertrauensvollen Zusammenarbeit, einem Frieden zwischen Gewerkschaft und Krieg entgegenstehe. Eine gemeinsame Erklärung solle erarbeitet und die Zukunft gemeinsam gestaltet werden.

In der anschließenden gemeinsamen Presseerklärung hieß es:

Sommer: *„Das Verhältnis zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften das ist historisch belastet, das ist es heute nicht mehr.“* De Maizière: *„Den Geist der 70er Jahre haben wir erfolgreich überwunden.“* Laut Kriegsminister De Maizière verstehen sich sowohl Gewerkschafter als auch Bundeswehr als Teil der Friedensbewegung. Die Haltung des Herrn Sommer war folgende: *„Egal wie wir jetzt zu der Frage von Auslandseinsätzen der Bundeswehr stehen, wenn der Bundestag entschieden hat und wir damit in Vertretung des deutschen Volkes Soldaten ins Ausland schicken, bin ich der Auffassung, dann müssen wir auch alles dafür tun, diese Soldaten anständig auszurüsten und zu schützen, das gehört auch dazu. Egal ob ich die Entscheidung selber für richtig oder für falsch halte.“*

Die gemeinsame Erklärung soll nun die Formen der Zusammenarbeit festlegen, Fragen der Ausbildung, der Personalpolitik in Chemie- und Rüstungsindustrie klären und die Bundeswehr als Arbeitgeber etablieren. Aber vor allem soll sie ein für alle Mal festhalten, dass es zwischen Bundeswehr und Gewerkschaften keinen Interessensgegensatz gibt, mit anderen Worten Frieden herrscht.

Wir erklären diesem Frieden den Krieg!

Es kann keinen Frieden mit dem Krieg geben! Der „Geist der 70er Jahre“, der heute überwunden sein soll, ist kein Geist der 70er. Es ist die Erfahrung aus zwei Weltkriegen, die dieses Land begonnen hat. Das ist also kein ominöser Geist, sondern mehrere Millionen Leichen! Diese Leichen haben Gewerkschafter lernen lassen: Der Frieden der Herrschenden heißt Krieg. Diese Leichen haben Gewerkschafter kämpfen lassen für den Aufbau eines friedlichen Deutschlands, gegen die Wiederbewaffnung, die die gleichen wollten, die Deutschland gerade in Schutt und Asche gelegt hatten und mit dazu die halbe Welt.

Das ist also wahrlich keine Erfahrung, die es zu überwinden gilt, sondern eine, die jedem Gewerkschafter immer und jeder Zeit vor Augen stehen muss. Und die erst recht dann vor Augen stehen muss, wenn gerade die Jugend in diesem Land immer mehr dem Zugriff der Bundeswehr ausgesetzt wird, in Schulen, in Sportvereinen usw. Auch heute sieht die „Friedensbewegung Bundeswehr“, wie Herr Mazière sie nennt, so aus, dass deutsche Bomben auf Jugoslawien geworfen werden, dass deutsche Panzer in Afghanistan Angst und Terror verbreiten, dass deutsche Soldaten in der ganzen Welt stehen.

Der Bundeswehr-Oberst Klein hat in Kundus/Afghanistan den Beschuss eines Tankklusters veranlasst, was den Tod von über 160 Menschen bedeutete, einschließlich Dutzenden von Kindern, deren Tod er bewusst in Kauf nahm, wie aus einem Untersuchungsbericht hervorgeht. Der Oberst wurde daraufhin nicht etwa verurteilt, sondern zum General befördert. Das ist der Frieden, mit dem Herr Sommer im Namen der Gewerkschaften paktieren will.

Gleichzeitig übt die Bundeswehr für den Fall, dass die Arbeiter sich nicht auf diesen Frieden einlassen: In der Übungsstadt Schnöggersburg bei Halle wurde ein Truppenübungsplatz für den Einsatz im Inneren aufgebaut. Eine ganze kleine Stadt, über 500 Häuser, Straßen, Fabrikgebäude wurden dort gebaut, um den Kampf innerhalb einer Stadt zu üben. Auch eine U-Bahn gibt es dort. Und das lässt erahnen, dass dort der Bürgerkrieg gegen uns geübt wird, denn U-Bahnen sind in Afghanistan eher selten.

Noch mal: Es kann keinen Frieden geben zwischen Gewerkschaften und einer Armee, die existiert, den deutschen Frieden in die Welt zu tragen, denn dieser bedeutet Zustimmung zum Krieg. Herr Sommer sollte sich noch einmal mit der Beschlusslage seiner Organisation auseinandersetzen. Darin wird er sowohl Erklärungen gegen die Kriegseinsätze der Bundeswehr, als auch gegen die umfassende Militarisierung der Bevölkerung finden, zu der eine Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Bundeswehr definitiv zu zählen ist.

Diese Gespräche müssen sofort abgebrochen werden! Die einzige Erklärung, die wir vom Vorsitzenden des DGB in punkto Bundeswehr akzeptieren, ist die Forderung nach der Erfüllung des Potsdamer Abkommens, also der sofortigen Auflösung der Bundeswehr!